

Sitzungsvorlage



Nr.: 41/2005
ausgefertigt am: 24.02.2005
Fachamt: Amt Jugendhilfe
zu beteiligende Gremien: – Jugendhilfeausschuss

Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder; Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) vom 27. Dezember 2004

Die Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist bereits seit 1992 geltendes Recht. Bereits mit dem Schwangeren- und Familienhilfegesetz wurde die objektiv rechtliche Verpflichtung zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung normiert. Sie stand jedoch von Anfang an im Schatten des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz, der im gleichen Gesetz mit Wirkung ab Januar 1996 eingeführt wurde. Das belegen auch die Ergebnisse der Jugendhilfestatistik. In den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) stieg die Versorgungsquote in Tageseinrichtungen von 1,7% im Jahre 1994 nur auf 2,2% im Jahre 2002. Die Auffassungen über Sinn und Notwendigkeit einer außerhäuslichen Betreuung von kleinen Kindern gehen in der Bevölkerung noch immer weit auseinander. Die Mehrzahl der Väter und Mütter wünscht dennoch, Erwerbstätigkeit und die Aufgaben der Familie miteinander vereinbaren zu können.

In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung wurde eine qualitative und quantitative Verbesserung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren angestrebt. Es wurde angenommen, dass durch sinkende Kinderzahlen sowie durch den Aufbau von Ganztagschulen zahlreiche Kindergarten- und Hortplätze frei werden. Die frei werdenden Plätze sollten nicht abgebaut, sondern in Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren sowie in Ganztagsplätze umgewandelt werden. Der Koalitionsvereinbarung folgend hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2004 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Das TAG wurde zum Jahresende 2004 im Bundestag verabschiedet und ist nun seit dem 01.01.2005 in Kraft. Der Gesetzestext ist als Anlage beigelegt.

Der Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren stützt sich darin auf zentrale gesellschaftspolitische Gründe. Sie soll

- den Anspruch von Kindern auf Betreuung, Bildung und Erziehung einlösen,
- die Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen und ergänzen,
- Eltern die Möglichkeit eröffnen, Erwerbstätigkeit und Familie miteinander zu vereinbaren und
- eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung des Kinderwunsches junger Paare und damit für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft schaffen.

Mit Rücksicht auf die kommunalen Gebietskörperschaften verzichtet der Gesetzentwurf auf das Modell eines Rechtsanspruches mit individueller Einklagbarkeit. Stattdessen wird die bereits bestehende objektiv rechtliche Verpflichtung zur Vorhaltung von entsprechenden Plätzen durch Mindestkriterien konkretisiert (§ 24 SGB VIII), und zwar für Kinder unter drei Jahren,

- deren beide Eltern oder deren allein erziehende Väter oder Mütter erwerbstätig sind, sich in einer Aus- oder Weiterbildung oder eine Maßnahme nach dem Vierten Gesetz über moderne Dienstleistungen befindet sowie
- deren Eltern eine förderliche Erziehung nicht gewährleisten können.

Verbindliche Bildungsstandards für die Förderung entziehen sich einer bundesrechtlichen Regelung. Entscheidend für die Qualitätsentwicklung in Tageseinrichtungen sind das Landesrecht oder Empfehlungen der Länder. Seitens des Landes Niedersachsen liegen bislang noch keine Entwürfe zur Ausgestaltung des Gesetzes vor. Der Förderauftrag wird im TAG lediglich durch Grundsätze spezifiziert:

- Pflicht zur Entwicklung und Einsatz einer Konzeption,
- Sicherstellung der Betreuung in Ferienzeiten sowie
- Grundsatz der gemeinsamen Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung.

Zwischen den professionalisierten Tageseinrichtungen und der privaten, familiären und eher nicht professionellen Tagespflege ist ein qualitatives Gefälle Realität. Das Gesetz will das Gefälle zwischen den verschiedenen Angebotsformen mittelfristig aufheben, indem ein gemeinsamer Förderauftrag betont wird sowie Qualitätsanforderungen an Tagespflegepersonen geregelt werden: persönliche Eignung, Sachkompetenz, Kooperationsbereitschaft sowie vertiefte Kenntnisse, die in qualifizierten Lehrgängen erworben oder in anderer Weise nachgewiesen werden sollen.

Die Höhe des Tagespflegegeldes wird nicht bundeseinheitlich geregelt. Es wird lediglich festgelegt, dass die laufende Leistung Anteile jeweils für den Sachaufwand, für die Anerkennung der Betreuungsleistung, für Beiträge zur Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung der Aufwendungen zu einer angemessenen Altersicherung der Tagespflegeperson enthält. Kinder, die vom Jugendamt in Tagespflegestellen vermittelt werden, sind in die gesetzliche Unfallversicherung einzubeziehen.

Das Gesetz sieht die Möglichkeit in einer Übergangsregelung vor (§ 24a), die Anwendung der Bedarfskriterien bis spätestens zum 1. Oktober 2010 hinauszuschieben. Die kommunalen Gebietskörperschaften werden jedoch verpflichtet,

- im Rahmen ihrer Jugendhilfeplanung jährlich Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots förmlich zu beschließen und
- jährlich zum 15. März jeweils des aktuellen Bedarf zu ermitteln und den tatsächlich erreichten Ausbauzustand festzustellen.

Solange das erforderliche Angebot noch nicht zur Verfügung steht, sind bei der Vergabe der neu geschaffenen Plätze

- Kinder, deren Wohl nicht gesichert ist, und
- Kinder, deren Eltern oder allein erziehende Elternteile eine Ausbildung oder Erwerbstätigkeit aufnehmen oder an einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt teilnehmen,

besonders zu berücksichtigen.

Anlässlich einer am 18.02.2005 stattgefundenen Fortbildungsveranstaltung berichtete das Niedersächsische Kultusministerium, dass es zum TAG noch keine landesrechtlichen Regelungen gibt.

Für folgende Bereiche werden landesrechtliche Regelungen erwartet:

- Bezahlung der Tagespflegepersonen
- Durchführung der Tagespflege in Räumen Dritter
- Möglichkeit der Heranziehung

Da die Hauptfinanzierungslast bei den Kommunen liegt, werden zur Zeit Gespräche des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter geführt, um evtl. Empfehlungen bzw. Regelungen mit Problemen in der Praxis der örtlichen Träger abzustimmen.

Folgende Vorgehensweise ist beabsichtigt:

1. Der Landkreis hat im Jahre 1994 mit den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden Vereinbarungen abgeschlossen, wonach die örtlichen Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe im Aufgabenfeld „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ als Aufgabe des eigenen Wirkungskreises fortzuführen und die daraus entstehenden Kosten zu tragen sind. Vor dem Hintergrund, der bislang nicht geregelten Finanzierung der weiter gehenden Auswirkungen des TAG sind hierzu Absprachen mit den Städten,

Samtgemeinden und Gemeinden zu treffen. Dazu müssen die angekündigten landesrechtlichen Regelungen aber vorliegen.

2. Das Amt Jugendhilfe wird in der regionalen Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter an dem Abstimmungsprozess zur einheitlichen Ausgestaltung der künftigen Kindertagespflege nach § 23 (2) SGB VIII und des Förderangebots nach § 24a SGB VIII mitarbeiten.
3. Die Jugendhilfeplanung wird dem gesetzlichen Auftrag nachkommen und die Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots ermitteln.
4. Die Ergebnisse werden dem Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung vorgelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Sachstand wird zur Kenntnis genommen.

Bielefeld